

vierteljährlich 12.45
halbjährlich 24.90
jährlich 49.80
...
bezeichnet 1920.

Mus den Tannen

Amtsblatt für
Allgemeines Anzeiger



Altensteig, Stadt.
und Unterhaltungsblatt
obaren Nagold.

Die 14 tägige Zeit-
...
Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 150 Druck und Verlag in Altensteig. Mittwoch, den 30. Juni Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Letzte Nummer des Quartals.

„Mus den Tannen“

Die Zeitung
ist ein Familienblatt,
das jedem fehlt,
der es nicht hat!

Man veräume die sofortige Bestellung nicht! Alle Postanstalten und Postboten, sowie die Agenten und Auswärtiger unserer Zeitung nehmen Bestellungen für das morgen beginnende neue Bezugsvierteljahr entgegen.

Die Entwaffnungsnoten.

Berlin, 29. Juni.

In der ersten der drei vom Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten Noten über die Entwaffnung Deutschlands heißt es u. a.:

Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe 6 Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrags sind die wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrags über Landheer, Luftfahrt und Marine noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. Die alliierten Regierungen haben nach ernsthafter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, die in dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, im vollen Umfang ausrecht zu erhalten und deren hinausgeschobene Durchführung unverzüglich zu betreiben. In gleicher Weise erwarten die alliierten Regierungen, daß die deutsche Regierung keinen Antrag auf Aenderung der militärischen Bestimmungen des Vertrags mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlos eine Verzögerung mit sich bringen würden. Die Antwort der alliierten Regierungen auf den Antrag der deutschen Regierung wegen Verbeibehaltung eines Heeres von 200 000 Mann geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100 000 Mann zu reduzieren sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb drei Monate vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizei auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913, vermehrt wird. Des weitern fordern die alliierten Regierungen die deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung, entsprechend der Bestimmung des Art. 211, mit den militärischen Bestimmungen des Vertrags in Einklang zu bringen und geeignete Maßnahmen zu treffen, um entsprechend dem Art. 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Auslande zu verbieten, die Formationen der Einwohnerwehren, die im Widerspruch mit der Entschlieung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen. Die alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Zerückführung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt, und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke als auch hinsichtlich des Kriegsgeräts ohne weiteren Aufschub erfolgt. Andernfalls würden sich die alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu treffen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrags sicherzustellen.

Die zweite Note

weist zunächst darauf hin, daß sich die deutsche Regierung am 4. Juni an die Konferenz gewandt hat, um eine vorläufige Verlängerung der Fristen, am 10. Juli laufende Frist herbeizuführen, binnen deren die Heeresstärke in Deutschland auf 100 000 Mann herabgesetzt werden sollte, mit der Begründung, daß, nachdem, was die alliierten Regierungen in bezug auf die Konferenz von San Remo mitgeteilt hatten, sie erwarten mußte, daß erst die Konferenz in Spa endgültig über dieses Ergebnis bestimmen würde. Die alliierten Mächte könnten, so sagt die Note, diese Auslegung der von San Remo an die deutsche Regierung gerichteten Note nicht gelten lassen. Die alliierten Regierungen haben keine Veranlassung einer erneuten Verlängerung der Frist zu

nehmen. Sie bestätigen vielmehr klar und einfach ihre früheren Erklärungen: die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles über das deutsche Heer müssen aufs genaueste ausgeführt werden. Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Abrüstung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gerne an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913 nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie werden aber unter keinem Vorwand zulassen, daß diese Vermehrung durch Verbeibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgeschroben militärischer Art und Organisation stattfindet, zu deren Auflösung Deutschland bereits vom Dezember 1919 an aufgefordert war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Frist von 3 Monaten von der Aenderung dieser Note an beendet sein. Die Alliierten sind mit der Verstärkung der „alten Ordnungspolizei“ genannten Polizeitruppe einverstanden. Sie zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß sie bis auf 150 000 Mann vermehrt wird. Sie knüpfen jedoch daran die Bedingung, daß die Ordnungspolizei ihren Charakter als örtliche und Gemeindepolizei wahren muß und mit einer Bewaffnung ausgerüstet wird, die ihrem Zwecke entspricht und die von dem interalliierten Ueberwachungs-ausschuß festgesetzt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestand von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann inbegriffen sind, die von dem interalliierten Ueberwachungs-ausschuß für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind. Die Mächte haben beschlossen, den Bestand der Gendarmen von 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen. Die Alliierten werden während der 3 Monate von der Aenderung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei es nicht zulassen, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt eine Höchstzahl dar, die fortwährend vermehrt werden muß.

Die dritte Note

enthält im wesentlichen folgendes: Art. 201 des Vertrags von Versailles unterlag für die Dauer von 6 Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrags die Herstellung von Luftfahrmaterial jeder Art und seine Einführung in Deutschland. Andererseits bestimmt Art. 202, daß Deutschland den a. und a. Hauptmächten innerhalb dreier Monate nach Inkrafttreten des Vertrags das gesamte Luftfahrmaterial des Heeres und der Marine ausliefert. Die dreimonatige Frist zur Abgabe des Luftschiffmaterials und die Ermächtigung zur Wiederaufnahme der Fabrikation soll dazu dienen, die Durchführung der die Luftfahrt betreffenden Bestimmungen und insbesondere den Transport oder die Umbrennbarkeit des Materials zu sichern. Da Deutschland sein Luftfahrmaterial innerhalb der festgesetzten Frist nicht abgeliefert hat, wird die Ueberwachungskommission nicht in der Lage sein, ihre Arbeiten vor Ablauf der in Art. 201 vorgesehenen sechsmonatigen Frist zu beendigen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Juni.

In der heutigen Sitzung des Reichstags hielten die Mitglieder des neuen Kabinetts ihren Einzug. Reichskanzler Fehrenbach nahm mit einer tiefen Bewegung nach dem Präsidentensitz, den er selbst so lange inne hatte, den historischen Platz ein; neben ihm nahmen die Mitglieder des Kabinetts vollzählig Platz. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte Präsident Lohde dem Reichskanzler das Wort. Nach einer kurzen Einleitung zur Regierungskrise und nach warmen Dankesworten an die abgetretene Regierung verlas der Reichskanzler das Programm der neuen Regierung. Der äußere Eindruck der Rede war recht glücklich und die gute Aufnahme zeigte nicht, was auch daraus zu entnehmen war, daß das Haus — mit wenig Ausnahmen seitens der äußersten Linken — mit lautloser Stille die Erklärung entgegennehmen konnte.

Die Sitzung begann um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Entgegennahme der Erklärung der Regierung.

Reichskanzler Dr. Fehrenbach

sagte u. a.: Der ersten Verantwortung, die sie der Volksgemeinschaft gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung völlig bewußt. Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechend die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei ihrer Bildung überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an ihr Werk geht, so tut sie es in der Zuversicht, daß das hohe Haus, von dem gleichen Verantwortungsgefühl befeuert, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Nachdem dann der Kanzler unter dem Beifall des Hauses der letzten Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes ausgesprochen hatte, fuhr er fort: Das Programm der neuen Regierung, das ich nunmehr Ihnen unterbreite, ist entsprechend unserer Verfassung das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Hochachtungsvollerweise ist dabei eine läckenlose Uebereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zu Tage getreten. Die Konferenz in Spa steht unmittelbar bevor. Sie gibt mir Anlaß, zunächst ein Wort zu sagen über unsere auswärtige Politik. Die Lasten, die der Friedensvertrag von Versailles dem deutschen Volke auferlegt, sind unermesslich groß und in ihrer Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Aenderungen verstehen, keine andere Richtlinie in der inneren wie in der äußeren Politik geben, als das Streben, die übernommenen Verpflichtungen so gut als möglich zu erfüllen, besonders in der Verabreichung der Heereskräfte, der sofortigen Abrüstungsmaßnahmen und in der Wiedergutmachung. In dieser Hinsicht hat die parteipolitische Zusammensetzung der Reichsregierung auf ihre Stellungnahme keinen Einfluß. Und wenn Verblendete und Unveröhnliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen systematisch herabsetzen, so wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. Wenn trotzdem nicht alle Vertragsbestimmungen nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands, sondern in den Verhältnissen, die stärker sind als sein guter Wille.

In diesen Umständen gehört in erster Linie das tiefe Mißtrauen, das bei unseren Gegnern noch immer gegen Deutschland herrscht. Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und den Maßnahmen zur Erfüllung der Friedensbedingungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß im deutschen Volke machtpolitische Träume oder Nebanbgebanten unwidriger Boden finden, je einsichtiger man ihm entgegentritt und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Lösungswort kennt, das, was der Krieg zerstört hat, in ruhiger und friedlicher Arbeit wieder aufzubauen. Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die Fragen und Probleme für den gemeinsamen Wiederaufbau zwischen den Beteiligten nun mündlich besprochen werden sollen und wollen dieser Besprechung aus leicht begreiflichen Gründen nicht vorgreifen.

In unserer inneren Politik ist unsere hauptsächlichste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesen auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, ist der einseitige und feste Wille der Regierung.

Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsmäßige Kämpfe zurücktreten zu lassen. Wir lehnen jeden Versuch der Aufrichtung einer Klassenherrschaft ab. Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung und des Ausgleiches auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Was uns jetzt vor allem not tut, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichviel, welcher Parteirichtungen. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reichs ausgetobt hat. Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegenzutreten und ebenso jedem Versuch einer gewalttätigen Umwälzung, woher er auch kommt. Auf den Grundmauern der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden.

Die Reichsregierung und das deutsche Volk legen die



Auslandsstimmen zur Kanzlerrede.

Paris, 29. Juni. Zu den Erklärungen des Reichsfinanzministers Lehrenbach sagt der „Figaro“: Dieser Staatsmann, der den Wert der Finanzen erkennt, ist zu klug, um zu leugnen, daß Deutschland den Friedensvertrag von Versailles ausführen müsse. Aber er teilt uns mit, daß es schon mehr getan habe, als man von ihm erwarten durfte. Ganz wie zufällig verkündet er, daß Deutsch-Oesterreich sich mit Deutschland vereinigen müsse. Kurz gefasst, er betont von Anfang bis Ende die Umgestaltung des Versailles Vertrags. Gut, aber dann müssen wir auch nach Frankfurt zurückkehren und das Ruhrgebiet besetzen. Dann können wir von Revision und Vergeltung sprechen.

Arzig im Osten.

Konstantinopel, 29. Juni. (Davas.) Die Engländer haben den Hafen von Brussa und Madania besetzt. Die Postniederlassung in Stambul befindet sich ebenfalls in den Händen der englischen Truppen. — Kemal Pascha hat einen den religiösen Haß schürenden Aufruf an die Mohammedaner gerichtet.

Konstantinopel, 29. Juni. (Davas.) Ein starkes englisches Geschwader hat sich nach Madania begeben, wo eine Abteilung Marine ausgeschifft wurde. Die Matrosen verhafteten mehrere türkische Nationalistenführer. An die Bevölkerung wurde eine Kundgebung erlassen, in der gesagt wird, es handle sich um Strafmaßnahmen gegen die Verletzung des Waffenstillstandsvertrags und die Feindschaft gegenüber englischen Offizieren eingenommene Haltung.

Paris, 29. Juni. Heute ist eine internationale Handelskammer gegründet und damit der internationale Handelsvertrag geschlossen worden, an dem Vertreter von Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien teilgenommen haben.

London, 29. Juni. (Reuter.) „Evenings News“ melden aus Konstantinopel: Am Freitag sind griechische Truppen in Baderma an der Südküste des Marmarameeres gelandet worden, um die Dardanellengegend von den Nationalisten säubern zu helfen.

Die Brüsseler Verbandskonferenz.

Paris, 29. Juni. (Davas.) Millerand, Marschall Joch, Finanzminister Marfal und der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission, Louis Dubois, werden Paris am Donnerstag, den 1. Juli, verlassen, um sich im Sonderzug nach Brüssel zu begeben, wo am folgenden Tag die Verbandskonferenz beginnt. Die französische Delegation wird etwa 50 Personen umfassen.

Kleine Nachrichten.

Karau, 29. Juni. Der arabishe Regierungsrat ersuchte den Bundesrat, bei den deutschen Behörden dahin zu wirken, daß im Kanton Karau Personen für ihre Erwerbstätigkeit in Deutschland nicht mehr der deutschen Reichseinkommensteuer unterworfen werden.

London, 29. Juni. (Davas.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Kopenhagen hat Polen alle Männer zwischen dem 20. und 30. Jahre mobilisiert.

Paris, 29. Juni. Nach dem „Exchange Telegraph“ haben die Alliierten die Zerstörung der Dardanellenforts beendet.

Paris, 29. Juni. Der französische Handelsminister erklärte in der Kammer Sitzung, daß die gesamten Lebensmittel, mit Ausnahme des Getreides, demnächst für den Handel freigegeben werden.

Rom, 29. Juni. In Brescia und Morezzo hat ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Volksparteilern stattgefunden. Dabei ist ein Karabinier getötet worden.

London, 28. Juni. (Reuter.) In Fermo (Grafschaft Cork) haben die Sinn-Feinder den Brigadegeneral Lucas und zwei Offiziere gefangen genommen. Die beiden Offiziere sind inzwischen wieder nach Fermo zurückgeführt, aber der Aufenthalt von General Lucas ist noch unbekannt.

Kopenhagen, 28. Juni. Der Landtag hat das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark einstimmig angenommen. Es wird in Kraft treten, sobald die formelle Uebertragung der Souveränität über die erste Zone an Dänemark durch die Entente stattgefunden hat.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 30. Juni 1920.

Zur gest. Brachtung. Wegen des Ausbleibens der gestrigen ganzen Vormittagspost kommt heute ein so reichhaltiger Stoff zusammen, daß wir gewissagen sind, heute verschiedene Artikel und auch den Roman zurückstellen.

Versammlung über Milchpreis in Nagold. Die vom Oberamt auf den gestrigen Dienstag in den Rathhauksaal in Nagold anberaumte Versammlung, in welcher zur Milchpreisfrage Stellung genommen und verhandelt werden sollte, den Milchpreis zu ermäßigen, war von den Erzeugern gut, von den Verbrauchern nur schwach besucht. Bei der langen und lebhaften Aussprache zeigte es sich, daß bei den Landwirten keine große Bereitschaft vorhanden war, den Preis zu ermäßigen, umsoweniger, als sich bei einer Fällungsabnahme in Stuttgart zeigte, daß die Regierung am anderen Tag des Preises von sich aus nicht denke. Unter Hinweis auf die große Erhöhung der Milchpreise und die bedeutende Mehrbelastung der Verbraucher schlug Oberamtmann Rinz dagegen vor, im Bezirk Nagold den Preis auf 1 Mk. frei Sammelstelle zu ermäßigen, wie dies in anderen Bezirken geschehe. Die Landwirte erklärten sich bereit, auf den Bringlohn von 5 Pf. zu verzichten, nicht aber unter 1 Mk. 20 Pf. frei Sammelstelle herunterzugeben. Schließlich, nach verschiedenen mißglückten Versuchen, gelang es einem Weg zu finden, den Verbraucherpreis zu ermäßigen,

so daß dieser voranschließlich ab 1. Juli bei den Verbrauchsgewerbeten Nagold und Altensteig um 15 Pf., also auf 1 Mk. 25 Pf., ermäßigt wird und in den übrigen Gemeinden entsprechend.

Die Heidelbeerenente hat da und dort begonnen. Die hiesige Stadtverwaltung hat den Beginn in den Stadtwaldungen am 10. Juli festgesetzt. Für die bis jetzt zur Ablieferung gekommenen Heidelbeeren haben die Händler 1 Mk. per Pfund bezahlt.

Der Juli. Der Juli hat seinen Namen von dem großen Römer Julius Cäsar erhalten. Karl der Große nannte ihn Heumonat. Er stellt den Höhepunkt des Sommers dar und ist gewissermaßen der vollkommenste Monat. Zum schönen Blumenkor, zum Rosenbusch und Wohlgeruch der Linde gesellt sich eine Menge wohlriechender Früchte. Er ist der Uebergang von der blühenden Zeit zu der fruchtbringenden. Er lobt dem Landmann seine Mühe und seinen Fleiß, der sich deshalb den Juni trocken und heiß wünscht. Drei Tage im Juli sind nach dem alten Volksglauben für das Wetter ganz besonders maßgebend: Maria Heimsuchung (2. Juli), der Siebenbrüdertag (10. Juli) und der St. Margaretenstag (13. Juli). So sagt eine alte Bauernregel: Regen im Siebenbrüdertag, so soll es sieben Wochen lang regnen; und vom Margaretenstag heißt es: Wenn es am Margaretenstag regnet, so hört es so bald nicht wieder auf.

Freifahrtschein ins Abstimmungsgebiet. Der deutsche Schutzbund teilt mit: Die Freifahrtscheine des deutschen Schutzbunds berechtigen zur Fahrt durch den polnischen Korridor nur in Sonderzügen und durchlaufenden Zügen (Lauenburg-Danzig, gegebenenfalls Königsberg-Marienburg). Der deutsche Schutzbund ist im ganzen Reich durch Zweigstellen, Arbeitsgemeinschaften, sowie durch die Vereine heimattreuer Dr- und Vespereuten vertreten. Die Schutzbund-Freifahrtscheine gelangen durch diese Stellen zur Ausgabe. Wer noch nicht im Besitz eines Fahrcheines ist, tut gut, bei einer der genannten Stellen anzufragen, sofern er nicht etwa bereits verhandelt ist, daß er wegen der immerhin beschränkten Transportmöglichkeiten nicht befördert werden kann. Bei Benützung der Abstimmungsstrecke genügt auch für die Fahrt durch den polnischen Korridor der Abstimmungsausweis und ein amtlich (von der Ortspolizei oder anderen Behörden) beglaubigter Personalausweis mit Lichtbild. Für die Benutzung von Zügen des öffentlichen Verkehrs, die durch den Korridor fahren, muß ein Paß mit polnischem Visum besorgt werden. Sollte der Jugendlehrer König-Gesert-Marienburg so rechtzeitig eingerichtet werden, daß er für die Abstimmung in Frage kommt, so kann diese Strecke ohne Paß benützt werden. Für die Fahrt über See sind weder Paß noch Personalausweis erforderlich, sondern lediglich der Abstimmungsausweis. Die Adressen muß dann aber auch auf dem Seeweg erfolgen. — Die Abstimmungsstrecke werden von deutsch-polnischen Abstimmungskommissionen im Abstimmungsgebiet selbst aufgestellt und verhandelt. Der Verband erfolgt teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der Heimatverbände an die Stimmberechtigten; das Eintreffen der Ausweise ist aber zum Teil nicht vor Anfang Juli zu erwarten.

Pensionsvorschuße an Offiziere. Um zu vermeiden, daß bei den Massenentlassungen einzelner Offiziere, deren Pension mangels der Unterlagen bis zum Fälligkeitstermin noch nicht hat festgestellt werden können, die ihnen zustehenden Pensionsgebühren nicht rechtzeitig erhalten, hat das Heeresabwicklungsamt Preußens angeordnet, daß allen diesen Offizieren auf Antrag ein Vorschuß von ihrer letzten Abwicklungsstelle gezahlt wird.

Der Frühdruck 1920. Wie in einer amtlichen Besessnotiz mitgeteilt wird, soll auch für die kommende Ernte der Frühdruck, trotz der damit verbundenen wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten mit Hochdruck betrieben werden. Die Reichsgerechtsstell wird sich die technische Förderung angelegen sein lassen. Besondere Frühdruckprämien werden für Brotgetreide und Gerste gewährt.

Entschädigung für Kälber. Durch eine Verfügung des Ministeriums des Innern wird die Entschädigung für Kälber im Alter von weniger als sechs Wochen, die in der Zeit vom Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in einem Viehbestand bis zur Anzeige der Abheilung an solcher fallen, bis auf weiteres auf den Betrag von 7 Mk. für das Kilo des uneröffneten Kadavers festgelegt.

Rohrdorf, 30. Juni. (Brandfall.) In der Nacht von Montag auf Dienstag brach im Maschinenraum der Tuchfabrik von Gebr. Steger Feuer aus, das das Fabriknebengebäude vollständig zerstörte. Das Hauptgebäude konnte dank der Windstille und der Nähe des Nagoldwassers gerettet werden. Der Betrieb muß infolge der Zerstörung der Maschinenanlage stillgelegt werden. Selbstentzündung scheint die Ursache des Brandes zu sein.

Calw, 29. Juni. Die Obstansichten haben sich in den letzten Wochen bedeutend verschlechtert. Äpfel und Zwetschgen fallen nämlich massenhaft ab, so daß der Boden wie überflutet ist. Da von Zeit zu Zeit immer Regen gefallen ist, kann fehlende Feuchtigkeit nicht der Grund zu diesem Vorgang sein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß das Abfallen der Früchte noch eine Folge des Raifrostes ist. Nur einige widerstandsfähige Sorten behalten ihre Früchte. Die Kälte hat den Blüten und der schon angelegten Früchten stärker zugesetzt, als man zuerst annahm. Die Stiele sind jedenfalls stark beeinträchtigt worden, so daß sie nicht mehr die Kraft haben, die Früchte zu tragen. In den Tälern tritt die unliebsame Erscheinung weniger zu Tage als auf der Höhe. Auf der Waldseite ist übrigens in diesem Jahr mit einer geringen Obsternie zu rechnen, auf der Gässseite sind die Aussichten besser.

Oberndorf, 28. Juni. (Preisverfall.) Die gestern in dem Bezirksort Waldmühlungen gehaltene Versammlung der Landwirte des Oberamts, welche vom Oberamt einberufen war und der Vertreter verschiedener Organisationen, auch der Arbeiterchaft beizwohnten, wies regen Beifall auf. Man einigte sich dahin, daß die Landwirte einen Nachlaß von 20 % an dem Erzeugerpreis der Milch für das Liter und von 1 Mk. an dem der Butter für das Pfund eintreten lassen.

Neuenbürg, 29. Juni. (Telephonkündigung.) Der Gewerbeverein hatte gestern auch hier seine Mitglieder zu einer Besprechung der Telephonpreiserhöhung und Telephonkündigung eingeladen. Postinspektor Lang betonte dabei, daß er es von Anfang an als einen Fehler angesehen habe, die Kündigung auf 1. Juli anzukündigen, weil es in der kurzen Zeit für die Abklärung unmöglich sei, Stellung zu den Kündigungen zu nehmen. Besser wäre die Kündigung auf 1. Oktober gewesen. Es sei mit Sicherheit damit zu rechnen, daß auf 1. Juli bei jenen Teilnehmern, welche kündigten, die Apparate weggenommen würden. Von 94 Anschlüssen seien 50 gekündigt worden und es frage sich, ob Wiederanmeldungen in Kürze berücksichtigt werden könnten. Fast einstimmig wurde nach erfolgter Aussprache die Kündigung des Telephons auf 1. Okt. beschlossen.

Stuttgart, 28. Juni. (Neue Gebührenordnung für Ärzte, Zahnärzte und Hebammen.) Die Gebühren für Ärzte, Zahnärzte und Hebammen für amtliche Einrichtungen wie für Privatpraxis wurden neu geregelt. Die Erhöhung der Sätze für Privatpraxis, die 50 Proz. beträgt, gilt ab 1. Juli dieses Jahres.

Stuttgart, 28. Juni. (Die Verpachtung der Solitude.) Zur Neuverpachtung der Solitude sind drei Angebote eingelaufen. Der bisherige Pächter Schmid vom Berheimer Hof bot 10000 Mk., die Stadt Leonberg mit dem Landwirtschaftl. Verein und Herdgesellschaft 12000 Mk., Meier zum Schloßhaus in Stuttgart 20000 Mk. Der Zuschlag ist noch seinem erteilt.

Tübingen, 28. Juni. (Beim Baden ertrunken.) Am Samstagabend ertrank beim Baden im Neckar in Lustau ein 19jähriger, des Schwimmens unkundiger Student. Ein Freund wollte ihn noch retten, aber der Berunglückte sank plötzlich in die Tiefe. Nach langem Suchen wurde die Leiche von seinen Freunden geborgen und nach Tübingen übergeführt. Der Ertrunkene ist Theophil Schmitt aus Marienwerder.

Neutlingen, 28. Juni. (Tagung der Lebensmittelamtervorkände.) Kürzlich fand hier eine Sitzung der Lebensmittelamtervorkände und Vertreter der größeren Städte und Gemeinden des Schwarzwald- und Neckartraies statt. Die Aussprache ergab die einstimmige Ansicht der Versammlung, daß die Reichsverordnung über die Versorgung mit Herbstartikeln durchaus verfehlt sei. Beim Ernährungsministerium wurde beantragt, die Zwangsabwicklungsart der Kartoffeln in Württemberg aufzuheben, dabei aber die Grenzen Württemberg zu schließen. Die Kartoffelversorgung für Württemberg ist ohne Zwangsabwicklung gesichert, der Preis wird dann niedriger zu stehen kommen, als die Reichsverordnung vorsieht. Ueber die Neugestaltung der Milchpreise berichtete Dr. Werner-Neutlingen. Ein Erzeugerpreis von 1 Mk. für das Liter Vollmilch wäre genug und die Landwirte damit zufrieden. Der neue Käsepreis ließe sich in starkem Mißverhältnis zur Beschaffenheit der Ware. Entsprechende Anträge wurden an das Ernährungsministerium und die Landesverordnungsstelle gerichtet.

Stuttgart, 29. Juni. (Der neue Ernährungsbeirat.) Für den beim Ernährungsministerium neu zu bildenden Ernährungsbeirat hat die Württ. Landwirtschaftskammer folgende Herren vorgeschlagen: Ordentliche Mitglieder: Schultheiß a. D. Raunz-Altheim O. A. Riedlingen, Vorsitzender des Landwirtschaftl. Hauptverbands; Landwirt König-Haubach O. A. Wangen; Gutsherr Dingler-Calw; Regierungsrat Strobel Stuttgart, Direktor der Landwirtschaftskammer; Gutsherr Aborn-Kaltenberg, Präsident der Landwirtschaftskammer; Oekonomierat Vogt-Göschel, Stellvertreter; Bräuninger, Geschäftsführer des Landwirtschaftl. Hauptverbands, Stuttgart; Schultheiß Bernhard-Neurauenberg O. A. Wangen; Landwirt Alung jun., Sindlingen O. A. Herrenberg; Gutsherr Jörnung-Kleinobotwar; Gutsherr Schiele-Wurzach; Vege, Domänenpächterschefrau, Sobelbach O. A. Dehningen.

Stuttgart, 29. Juni. (Milch und Brot.) Der Bezirksrat hat beschlossen, für den Versorgungsbezirk Ellwangen den Milchhöchstpreis auf 1 Mk. festzusetzen. Um die Milchversorgung des Bezirkes bis zur neuen Ernte sicher zu stellen, soll das Brotmehl mit einem gewissen Prozentsatz Hafermehl gestreckt werden.

Heidenheim, 29. Juni. (Ende des Streiks.) Heute früh wurde die Arbeit allgemein wieder aufgenommen. Die Ruhe und Ordnung ist überall wieder hergestellt.

Tailfingen, 29. Juni. (General und Burche.) Der hiesige Deizer Reinhold Metz lud seinen früheren Vorgesetzten, General Ströblin, in Stuttgart zu seiner Hochzeit. Dieser nahm die Einladung an. General und Burche waren während 6 Jahren in Garnison und auf 5 Kriegsschauplätzen in kameradschaftlichem Geiste verbunden.

Schweningen, 29. Juni. (Arbeiterferien.) Am Samstag wurden die Fabriktore für 8 Tage geschlossen. Die Arbeiterschaft hat ihre Ferien angetreten. Schon am Samstag haben viele Arbeiter die Stadt verlassen und den Wanderstab ergriffen. Die zu Hause Verbliebenen helfen vielfach hier und in der Nachbarschaft mit bei der Heuernte.

Todesstrafe für Schieber. In Bayern ist man so weit, daß man dringend ein Gesetz fordert, das jeden Fall von Wucher und Schieberum mit dem Tode bestraft. Das bayerische Handelsministerium hat sich bereits gründlich geäußert, der Reichsregierung Vorschläge zur Bekämpfung der schamlosen Preistreibererei zu machen. Es ist an der Zeit, daß auch in Norddeutschland der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen wird. Die Wuchergerichte haben verlagert. Es ist jetzt Sache des Volks, die Regierung, die doch eine Volksregierung sein will, zu zwingen, einen erbarmungslosen Kampf gegen die Ausbeutung des deutschen Volks anzunehmen. Dieser Kampf ist die wichtigste Aufgabe unserer nächsten Zukunft. Ohne ihn ist keine ständige Weiterentwicklung, ohne ihn — kein Aufstieg Deutschlands.

Letzte Nachrichten.

Das neue württ. Staatsministerium.

Stuttgart, 30. Juni. Das württ. Staatsministerium wird scheinbar Verneinungen nach folgendermaßen zusammengeleitet sein: Der bisherige Minister Dr. Heber Staatspräsident und Kultus, Graf Janetzki, Holz Justiz, Dießing Finanzen. Der frühere Ministerialrat und jetzige Direktor bei Daimler Dr. Schall Arbeit und Ernährung.

WTB. Paris, 29. Juni. (Havas.) Der Völkerbundsrat hat den Zusammenritt der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel auf den 28. Juli festgesetzt.

Altensteig. Stadt.

Das Sammeln von Waldbeeren aller Art

ist den hiesigen Einwohnern in den vorderen Stadtwaldungen und im Priemen unentgeltlich, Auswärtigen dagegen nur in den städtischen Waldungen Hagwald, Hochdorferwald, Enzwald, Biefen und nur unter der Bedingung gestattet, daß bei der Stadtpflege Erlaubnisscheine gegen Bezahlung von 10 Mark pro Person gelöst und beim Sammeln stets mitgeführt werden.

Heidelbeeren dürfen nicht vor dem 10. Juli, Preiselbeeren nicht vor dem 10. August gesammelt werden. Die Verwendung des Messers ist grundsätzlich verboten.

Jede Beschädigung von Jungwäldchen und Kulturen ist strengstens untersagt.

Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Den 29. Juni 1920.

Stadtschultheißenamt:
Beller.

Das Sammeln von Heidelbeeren

in den hiesigen Gemeindefeldern ist für Auswärtige ganz und für Hiesige bis zur ordentlichen Bekanntmachung

verboten.

Stammersfeld, den 29. 6. 20.

Gemeindefeld.

Gartweiler.

Das Sammeln von Beeren

aller Art ist in den hiesigen Gemeindefeldern und Privatwaldungen für Auswärtige bei Strafe verboten.

Schultheißenamt.

200 Waggon

Papierholz

(gerepelt) von 10 Zentimeter Durchmesser an

sucht zu kaufen

und erbittet Eilangebote mit Preis und Lieferzeit ab Station.

Karl Genkinger, Urach
Holzhandlung.



Ofenwische Kosak

gibt sofort auf allen Eisenteilen schönsten Silberglanz.

WTB. Berlin, 29. Juni. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers das Mitglied des Reichstags, Dr. Brauns, zum Arbeitsminister ernannt.

WTB. Berlin, 30. Juni. Die Ernennung Lord D'Abernon zum britischen Botschafter in Berlin bildet, wie das "Berliner Tageblatt" schreibt, eine offenbar zwischen London und Paris vereinbarte Parallellaktion zur Ernennung des französischen Botschafters Laurent. Den beiden Vertretern soll gemeinsam die Durchführung der in Spaa getroffenen Vereinbarungen übertragen werden.

WTB. Berlin, 30. Juni. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Stadt- und Landkreise beschloß, einheitliche Höchstpreise für Frühl Obst und Frühgemüse festzusetzen.

WTB. Berlin, 30. Juni. Die Entente verlangt die Auflösung der Sicherheitspolizei, will aber dafür eine Verstärkung der Ordnungspolizei gestatten. Sind Sicherheit und Ordnung Segen? fragt Wolfgang Heine im "Berl. Tageblatt". Dängt die Sicherheit der Entente davon ab, ob die Dienstreife grün oder blau sind? — Schon vor einem Jahre, heißt es dann, denunziertes die Unabhängigen die Sicherheitspolizei als eine dem Friedensvertrag widersprechende, verdeckte Armee.

WTB. Berlin, 30. Juni. In Mülheim a. Rh. ist laut "Berliner Lokalanzeiger" eine Typhusepidemie aus-

gebrochen, die bereits 26 Erkrankungen zur Folge hatte. Offenbar sind alle Erkrankungen auf dieselbe Infektionsquelle zurückzuführen. Zwei Erkrankte sind schon gestorben.

WTB. Berlin, 30. Juni. Die "Vossische Zeitung" hebt hervor, daß die deutsche Delegation für Spaa von einer Reihe namhafter Bankiers begleitet sein werde. Von der Hinzuziehung verantwortlicher und bevollmächtigter Vertreter der deutschen Produktion habe man noch nichts gehört.

Konkurse.

Hermann Vogel, Korbmacher in Stuttgart, Böblingerstraße 168, zur Zeit mit unbekanntem Aufenthalt abwesend
Albert Schaub, Installateur in Stuttgart, Reckenstraße zur Zeit mit unbekanntem Aufenthalt in der Schweiz

Mutmaßliches Wetter.

Der Hochdruck über Süddeutschland leistet den ihn bedrohenden Störungen hartnäckigen Widerstand und hat sich neuerdings sogar verfrachtet, so daß für Donnerstag und Freitag mit einer Fortsetzung des vorwiegend trockenen und mehrfach heiteren, jedoch zu stärkerer Gewitterbildung geeigneten, warmen Wetters zu erwarten ist.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Hochdorf.

Das Sammeln von Beeren

jeder Art in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen ist für Auswärtige bei Strafe

verboten.

Den 29. Juni 1920.

Gemeindefeld.

Durch die Festsetzung der Großhandelspreise für

Rohlen

durch das Landesbrennstoffamt verzögert sich die Berechnung derselben in der Regel um mehrere Wochen. Andererseits verlangt das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat Vorauszahlung des ungefähren Rechnungsbetrages sofort nach erfolgter Lieferung. Wir sind deshalb genötigt, von unseren Abnehmern ebenfalls bei Lieferung eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen und zwar in Höhe von ca. 75 % des mutmaßlichen Rechnungsbetrages.

Wir bitten hievon gefl. Kenntnis zu nehmen und den Verhältnissen, so wie sie nun einmal liegen, Rechnung tragen zu wollen.

Die Kohlenhändler des Oberamtsbezirks Nagold.

Altensteig.

1a. schwed. Zündhölzer

sind wieder zu haben bei

E. W. Luz Nachfolger
Fritz Bühler jr.

Altensteig.

Bestellungen auf Auslands-Zucker

(weißer Kristall-Zucker)

zum Höchstpreis p. 1 Pfd.

Mk. 14.-, 15.-

vorgeschrieben von dem Ernährungsministerium, nimmt lieferbar innerhalb 8-10 Tagen sofort entgegen.

Chr. Burghard jr.

Altensteig.

Einen fleißigen

Knecht

für Haus- und Landwirtschaft sucht zu sofortigem Eintritt

Dieterle & Stern

Saugenwald.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe am Samstag, den 3. Juli mittags 1 Uhr

ein Pferd

unter 3 die Wahl

eine 9jähr. Rappstute (gedeckt) schwerer Normänner, oder einen 9jähr. Braunwallachen (Rassepferd) unter jeder gewünschten Garantie

Georg Kupps.

Altensteig.

Prima Bremsenöl und Fliegenfänger

empfehlen

J. Wurster.

Altensteig.

1a weiße

Auslands- Teigwaren

1a Reis

1a Maisgries fein

1a Land-Erbisen gelb

ff. amer. Kakao

per Pfd. Mk. 22.-

„Hafer-Kakao

in 1/2 Pfd. Dosen

1a. Schweizer-

Schokolade

1a. Schokolade

mit Mandeln

1a. Bisquits

Kaffee

roh und gebrannt

Dörrobst

(Kefel und Zwetschen)

empfehlen zu billigsten

Lagespreisen

W. Beeri.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

Telefon 41.

empfehlen

Photogr.

Bedarfsartikel

Dunkelkammer zur

Verfügung.

Abhanden

gekommen ist mir gestern Abend von meinem Wagen auf dem Weg von meinem Haus zum Bahnhof oder dortselbst ein Halsriemen.

Um Zurückgabe oder sachdienliche Mitteilung bitten

J. Wurster.

Brückenwagen

2 bis 5 Ztr. Tragkraft

Tafel-Wagen

Zeiger-Wagen

Gewichte aller Größen

empfehlen billig

Lorenz Luz jr.

Telefon Nr. 46

Altensteig.

Jedes Quantum

Altpapier

(alte Bücher u. Zeitschriften) kauft fortwährend

W. Kohler Buchbinder.

Altensteig

Neue Pfälzer

Speisezwiebel

1 Pfund Mk. 1.-

sind eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Ein geordnetes, fleißiges

Hausmädchen

nicht unter 20 Jahre alt, zu baldigem Eintritt gesucht.

Kurlenbaur

zum „Löwen“

Nagold.

Gesucht wird per sofort oder später tücht., zuverlässiges

Mädchen

zu kleiner Familie.

Frau Hedwig Siegler

Pforzheim

Lameystr. 50.

Eine

Gluckhenne

mit 9 Jungen verkauft wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zukunft

Stand, Charakter, Reichtum, Lebenslauf wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdaten ein-senden. Viele Dankschreiben. Schaub, Hannover.